

Antragsbereich A / Antrag A3

**AntragstellerInnen:** AfA Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

**A3: Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei öffentlichen Auftragsverfahren**

Die SPD fordert, dass Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei allen öffentlichen Auftragsverfahren gelten müssen.

Unabhängig derzeit fehlender gesetzlicher Bedingungen in Bayern und im  
5 Bund können auf Kommunalen Ebene (Städte/Landkreise und Bezirke) dazu Vergaberichtlinien beschlossen werden.

Deshalb fordert die SPD ihre Stadtrats- Kreistagsfraktionen sowie die Be-  
zirkstag Fraktion auf, entsprechende Anträge (Siehe Musterantrag im An-  
10 hang als Orientierungshilfe) in ihren jeweiligen Städten/Gemeinden Land-  
kreise und Bezirke einzubringen.

**Begründung**

Städte, Gemeinden, Länder und der Bund geben jedes Jahr Milliarden aus  
15 für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Dienstwagen und vieles  
mehr. Sie müssen ihre Marktmacht nutzen und Vorbild für die Gesamte  
Wirtschaft sein. Die Auftragsvergabe soll sich an sozialen und ökologischen  
Standards orientieren. Also am Gemeinwohl, da es schließlich um die  
Verwendung von Steuergeldern geht. Die Europäische Union hat schon  
20 2014 in einer Richtlinie ökologische und soziale Kriterien aufgewertet und  
klargestellt, dass sie nicht „vergabefremd“, sondern legitim sind. Das 2016  
in Deutschland geänderte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen  
eröffnet Möglichkeiten, solche Kriterien zu berücksichtigen. Da Bayern  
neben Sachsen das einsitzige Bundesland ist, in dem kein Tariftreue- und  
25 Vergabegesetz besteht. Damit jedoch trotzdem künftig Mindestbedingun-  
gen eingehalten werden, können kommunale Vergaberichtlinien beitragen.

Deshalb sollte die kommunalen SPD-Fraktionen in ihren jeweiligen kommu-  
nalen Parlamenten die kommunale Vergaberichtlinien einbringen und be-  
30 schließen.